

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Bericht vom Themengespräch „Wirtschaft“ am 20.06.2012 in der Evangelischen Akademie Bad Boll

„Wir wollen Foren schaffen, auf denen sich Zivilgesellschaft und Wirtschaft begegnen.“

Peter Hofelich: Entwicklungspolitik liegt im Eigeninteresse der Wirtschaft

Peter Hofelich MdL, Beauftragter der Landesregierung für Mittelstand und Handwerk, stellte drei Thesen an den Anfang des Themengesprächs:



These 1: Wir müssen die Kontakte zwischen Unternehmen und Zivilgesellschaft ausbauen!

Markenzeichen der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg sei das Engagement der Bürgerinnen und Bürger - in ihren Gemeinden und Religionsgemeinschaften, im Unternehmen, im Weltladen oder an den Schulen und Universitäten. Die Verbändekonferenz der Initiative „WELT:BÜRGER GEFragt!“, die am 27. März auch zahlreiche baden-württembergische Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften ins Neue Schloss nach Stuttgart geführt hat, habe deutlich gezeigt, dass es in der baden-württembergischen Wirtschaft bereits viele entwicklungspolitische Initiativen gebe. Doch es gebe auch ein deutliches Bedürfnis nach Koordination und Beratung. „Am 27. März wurde von den Unternehmensverbänden der klare Wunsch geäußert, die Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Initiativen auszubauen.“

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Hofelich sieht hier einen Auftrag an die Landesregierung: „Wir wollen Foren schaffen, auf denen sich Zivilgesellschaft und Wirtschaft begegnen und diskutieren, gegenseitig beraten und zusammen arbeiten. Die heutige Veranstaltung ist ein erster Schritt in diese Richtung.“

These 2: Entwicklungspolitik ist ein wichtiges Anliegen und ein vitales Interesse eines exportorientierten Landes wie Baden-Württemberg!

Hofelich erläuterte, erfolgreiches unternehmerisches Engagement in der Entwicklungspolitik komme der Wirtschaft selbst direkt zugute. Entwicklungspolitik könne nicht nur Ausgangspunkt sein für nachhaltige Geschäftsbeziehungen oder die Erschließung neuer Märkte sein. Sie mache Baden-Württemberg als ein Land, das seine globale Verantwortung ernst nehme, international glaubwürdig. Dieses gute Image sei ein wichtiger Wettbewerbsvorteil.

These 3: Baden-Württemberg hat eine innovative und mittelständisch geprägte Wirtschaft. Diese spezifischen Stärken wollen wir in die Entwicklungspolitik einbringen!

Hofelich mahnte, die Rolle des Bundes auf diesem Handlungsfeld nicht aus den Augen zu verlieren. Im Bereich Wirtschaft habe das BMZ in jüngster Zeit viele Impuls gegeben: die Einrichtung der „Servicestelle Wirtschaft“ beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ebenso wie das EZ-Scout-Programm, das auch zwei beratende Scouts zur IHK Rhein-Neckar und zur IHK Reutlingen gebracht habe. Es sei das Ziel der Landesregierung, Hand in Hand mit den Initiativen des Bundes zu arbeiten. „Wir wollen uns ergänzen und gegenseitig befruchten.“

Fazit: „Wir brauchen ein Mind-set im Geiste von Internationalität und Globalität. Wir dürfen die Partner nicht nur als ‚Geschäftspartner‘ sehen und uns nicht allein am Export ausrichten.“

Nina Mapili (SAFRI): Das unternehmerische Denken in den Entwicklungsländern fördern

Nina Mapili von der „Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft“ (SAFRI) betonte in ihrer Einführung die Notwendigkeit der Förderung von unternehmerischem Denken in den Entwicklungsländern. Dazu habe SAFRI in den ersten Jahren die Führungskräfte, die „organisational excellence“ gefördert, z.B. durch Workshops für kleine und mittlere Unternehmer. Damit habe man jedoch nur „die Spitze der Pyramide“ erreicht, daher habe SAFRI seine Entwicklungsstrategie geändert. Es geht jetzt darum, das Weiterkommen ganz einfacher Firmen zu fördern. „People who want to lead an enterprising life!“ würden gefördert. Dabei solle strategisches Denken von allen Mitarbeitenden gelebt werden. Frau Mapili betonte das Interesse von SAFRI



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

an einer engeren Vernetzung mit anderen Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit. „SAFRI ist gerne weiterhin zur Zusammenarbeit mit der Politik und anderen Partnern bereit, weil ein Miteinander besser funktioniert als ein Gegeneinander.“

Karl-Hermann Blickle (Sunlife): Die entwicklungspolitischen Leitlinien müssen den Kernbereich unternehmerischer Tätigkeit in den Blick nehmen.

Karl-Hermann Blickle, geschäftsführender Gesellschafter der Firma „Sunlife – Karl Bitzer zur Rose“ in Balingen, die in Entwicklungsländern Textilien produzieren lässt, verwies darauf, dass die Textilbranche die am stärksten globalisierte Branche sei. Da sie in Deutschland eher mittelständisch aufgestellt sei, habe sie in den vergangenen Jahrzehnten unter besonders großem Veränderungsdruck gestanden. Bei Übernahme der Firma 1980 war Blickle gezwungen, sie innerhalb von fünf Jahren vom Produktions- zum reinen Importbetrieb umzubauen. In der Textilbranche auf der Schwäbischen Alb seien seit den 80er Jahren 90% der Betriebe und 80% der Arbeitsplätze verschwunden. Die Importquote in der Textilindustrie liege bei 85%. Die Textilindustrie in Deutschland sei langfristig nur als Dienstleistungsbranche überlebensfähig, nicht als Produktionsbranche.

Durch Campaigning von NGOs und kirchlichen Organisationen sei ein öffentliches Bewusstsein für faire Handelsbeziehungen gewachsen. Er selbst sei für das Thema Entwicklung durch eigene Erfahrung im Entwicklungsdienst sensibilisiert worden. Das entwicklungspolitische Engagement der Firmen sei in vielen Fällen zunächst nicht freiwillig, sondern nur zur Vermeidung von Reputationsrisiken aufgegriffen worden. Inzwischen habe sich das jedoch in vielen Unternehmen grundlegend geändert.



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Blickle verwies auf die Erarbeitung von Verhaltenscodices im Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik (DNWE) und in der „Business Social Compliance Initiative“ (BCSI). Ihr haben sich die rund 150 größten Einzelhandelsunternehmen Europas angeschlossen und setzten den Kodex in ihren Zulieferbetrieben weltweit um. Schwierigkeiten bei der Umsetzung seien meist kein Problem des guten Willens, sondern der Umsetzung. Zum Hintergrund: ein Großunternehmen habe of mehrere tausend Zulieferbetriebe mit je ca. 150 Unterlieferanten. Die Zusammenarbeit mit NGOs sieht Blickle als hilfreich. Es gebe jedoch grundlegend unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit. So habe die noch unvollständige Umsetzung der BSCI-Anforderungen durch LIDL zu scharfer öffentlicher Kritik geführt, statt den Fortschritt in den Anstrengungen positiv wahrzunehmen.

Blickle forderte, in Bezug auf die Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien nicht zwischen entwicklungspolitischen Aktivitäten von Unternehmen und dem Kernbereich unternehmerischer Tätigkeit zu trennen. Es gehe darum, dass genau im Kernbereich Entwicklungsaspekte umgesetzt würden. Blickle begrüßte sehr, was von der SEZ geleistet werde, sie sei aber noch zu sehr Einzelprojekt-bezogen. Stattdessen müsse das Ganze der unternehmerischen Tätigkeit als Entwicklungsarbeit verstanden werden.

Dagmar Eisenbach: Bürgerschaftliches Engagement als Teil der Unternehmenskultur

Dagmar Eisenbach von Hewlett-Packard stellte das Projekt von HP zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Mitarbeitenden vor. Die Mitarbeitenden von HP haben die Möglichkeit, einen Teil ihres ehrenamtlichen Engagements während der Arbeitszeit auszuüben. Das sei Teil der Unternehmenskultur von HP, die ein „globales Bürgertum“ mit aktiven engagierten Bürgerinnen und bürgern unterstützen wolle. Insofern sei man sehr stolz darauf, dass sich viele Mitarbeitende von HP im Umweltbereich oder im Entwicklungsbereich engagierten.

Frau Eisenbach regte an, bei der Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien auf die Messbarkeit der Auswirkungen zu achten. Hier gäbe es z. B. aus dem Bereich der Gemeinwohl-Ökonomie Systeme, die auch auf die Entwicklungszusammenarbeit übertragen werden könnten. Sie appellierte an die Nichtregierungsorganisationen, sich zusammen mit den Unternehmen für eine Vereinfachung von Standards und Zertifikaten einzusetzen, da es zu viele davon gebe. Zur Unterstützung des fairen Handels sollten deutliche politische Anreize geschaffen werden.



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Heiner Wiemer (Oikocredit): Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist nachhaltiger als Hilfe

Heiner Wiemer, Unternehmensberater in Buenos Aires (Argentinien) und Vorstandsmitglied der ökumenischen Kreditgenossenschaft Oikocredit, betonte die Notwendigkeit, die Menschen in den Entwicklungsländern als Geschäftspartner ernst zu nehmen. Oikocredit vermittele Kredite an Mikrokreditorganisationen und Genossenschaften in Entwicklungsländern, die sonst keinen Zugang zum Kapitalmarkt hätten. Die Erfahrung aus den vergangenen 40 Jahren zeige, dass damit Entwicklung nachhaltig gefördert werden könne. Notwendig sei eine Verhaltensänderung der Konsumenten in Deutschland. Sie entschieden, in welcher Form sie ihr Geld anlegen würden. Herr Wiemer forderte das Land auf, seine eigene Finanzstrategie nach Nachhaltigkeitskriterien auszurichten, die auch entwicklungspolitische Kriterien mit einbezögen.



Diskussion: Kleinere und mittlere Unternehmer stärker fördern

Ein Vertreter des Sparkassenverbands Baden-Württemberg setzte sich in der Diskussion für die stärkere Förderung des entwicklungspolitischen Engagements kleiner und mittlerer Unternehmen ein. Für börsennotierte Unternehmen gäbe es hier Anreize, weil ihre Aktien dann in Nachhaltigkeitsfonds aufgenommen würden. Für kleine und mittlere Unternehmen gäbe es jedoch keine vergleichbaren Anreize für ein entwicklungspolitisches Engagement. Daher sei eine neue Art von Finanzprodukten erforderlich, durch die die Menschen im Land in nachhaltige Projekte investieren könnten. Das könnten die Sparkassen jedoch nicht allein leisten, dazu brauche es verbindliche Standards.

Auf die Rückfrager, ob die Sparkassen ihre Erfahrung aus der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen nicht stärker in die Entwicklungsarbeit einbringen könnten, z.B. über Austauschprogramme, erklärte der Vertreter des Sparkassenverbandes, dass es über die „Stiftung für Internationale Kooperation“ der Sparkassen bereits entsprechende Austauschprogramme gäbe, die auch in Ba-Wü noch stärker genutzt werden könnten.

Ein Landwirt regte an, in den Partnerländern mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu fördern, statt weiterhin Entwicklungszusammenarbeit vorrangig als Exportförderung zu betreiben.

Die Regierungsvizepräsidentin des Regierungspräsidiums Tübingen wünschte sich in der Landesverwaltung mehr Internationalisierung, der Austausch sei noch zu europabezogen. Es

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

gebe in der Landesverwaltung viele kompetente und engagierte Menschen, die Interesse an internationalem Austausch hätten. Herr Hofelich sagte Unterstützung für dieses Anliegen zu.

Die Geschäftsführerin der Stiftung „Manager ohne Grenzen“ bot ihre Kooperation bei entsprechenden Projekten des Landes an. Die Stiftung unterstütze seit fünf Jahren Projektpartner weltweit und könne ihre Expertise auch der Landesverwaltung zur Verfügung stellen.

Der Geschäftsführer einer international tätigen Unternehmensberatung kritisierte, dass der Mittelstand mit einer zu starken Bürokratisierung in der Entwicklungszusammenarbeit zu kämpfen habe. Entwicklungspolitik biete die Chance für neue mentale und innovative Lösungen durch einen Dialog auf Augenhöhe. Für Baden-Württemberg bietet sich jetzt eine besondere Chance.



Ein Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll fragt, wie sich ein Lernprozess organisieren ließe, der das Wissen vor Ort ernst nehme? Dies sei notwendig, damit Projekte überhaupt nachhaltig Erfolg haben könnten. Der Wissensaustausch müsse besser organisiert werden.

Eine Vertreterin des Studienbegleitprogramms STUBE wünschte sich, dass die Wirtschaft ausländische Fachkräfte stärker zur Vermittlung interkultureller Kompetenz einsetze. Die Wirtschaft nutzt dieses Potenzial nicht genügend, das die ausländischen Studierenden mitbringen, z.B. durch das Angebot von Praktika und Ferienjobs. Nur 15% der Studierenden aus Lateinamerika und Asien haben Stipendien. Alle ändern müssen sich ihren Lebensunterhalt nebenher verdienen und wären dankbar für Jobangebote. So könnten beide Seiten profitieren.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Der Vertreter einer Agentur für CSR Change-Management wünschte sich von der Landesregierung ein leistungsfähiges Programm, das Mittelständler beim internationalen Austausch unterstütze.



Eine Wirtschaftswissenschaftlerin aus Brasilien forderte ein, dass die Interessen der Menschen in den Entwicklungsländern in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stärker wahrgenommen werden müssten. Das sei auch im Eigeninteresse der baden-württembergischen Wirtschaft, wenn sie langfristige Wirtschaftspartner haben wolle. Entwicklungszusammenarbeit sei eine Frage der Chancengleichheit.

Der Leiter eines Unternehmens für Umweltgutachten forderte, die Standards und Zertifizierungsverfahren müssten vereinfacht werden, um stärkere Verbreitung zu finden. Er begrüßte die Möglichkeit, sich in den entwicklungspolitischen Dialog einzubringen. Die Leitlinien sollten es ermöglichen, dass alle in eine Richtung gehen. Hilfreich wäre es, wenn ein Service zur Verfügung gestellt werden würde, durch den aufbereitete Informationen leicht im Internet recherchiert werden könnten.

Ein Landwirt verwies auf die andauernde Ausbeutung in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im landwirtschaftlichen Bereich (z. B. bei Palmöl oder Soja). Der Faire Handel dürfe kein Feigenblatt sein. Entwicklungsländer sollten nur Überschüsse exportieren, damit im Land kein Mangel entstehe.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Ein Politikwissenschaftler verwies auf die Chance, die darin bestehe, durch die Globalisierung voneinander zu lernen. Er beklagte als Defizit im Dialogprozess, dass nur unter den einheimischen Akteuren diskutiert werde, die Betroffenen aus den Entwicklungsländern aber nicht dabei seien. Er wünsche sich deshalb, dass der Dialog weiter gehe. Globalisierung sei der Schlüssel gegen Armut, weil wir dabei voneinander lernten. Notwendig seien Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Ein Consultant mittelständischer Unternehmen verwies auf die Schwierigkeiten der Unternehmen mit unsicheren Rechtssystemen in anderen Ländern. Hier wer den kleinen und mittleren unternehmen sehr geholfen, wenn die Rechtssicherheit im internationalen Bereich verbessert werden könne.



Schlussrunde: Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe

In der Schlussrunde verwies **Dagmar Eisenbach** auf die Chancen der Kommunikationstechnologien für die Entwicklungszusammenarbeit. Sie könnten den Dialog fördern, indem sie Menschen über Grenzen hinweg zusammen brächten. Dies sei auch eine Chance für den laufenden Dialogprozess. Für den ländlichen Raum sei eine entsprechende Infrastruktur eine wichtige Voraussetzung. Frau Eisenbach wünschte sich ein Mandat der Landesregierung für eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung einfacher, messbarer Kriterien für Nachhaltigkeit.

Karl-Hermann Blickle bedauerte die anhaltenden Informationsdefizite in der Entwicklungszusammenarbeit im Land. Viele Initiativen seien leider gar nicht bekannt. Ein Verzeichnis oder eine Internetplattform wären hilfreich für Information und Austausch. Für den

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Mittelstand gebe es keine einfachen Lösungen, weil er zu vielfältig sei. Viel Know-how ei im Bereich des Mittelstands schon da, man müsste es nur leichter zugänglich machen.

Herr Blickle regte an, zur Festlegung von Standards analog zum „Runden Tisch Verhaltenskodizes“ im BMZ einen „Runden Tisch Mindeststandards“ zu initiieren. Das könnte auch auf baden-württembergischer Ebene zur Entwicklung von Verhaltenscodices helfen. Ein Thema könnten z.B. „living wages“ sein, bei denen die Bundesinitiative nicht voran komme.

Klaus Weingärtner von der SEZverwies darauf, dass die SEZ bereits eine Plattform für Information und Austausch anbiete. Er bat um Beiträge und regelmäßige Einpflegung der eigene Aktivitäten.

Frau Mapili meinte, die Stärken des Landes könnten gehebelt werden, um in der Entwicklungspolitik erfolgreicher zu werden. „Wenn nicht wir es schaffen, wer dann?“

Herr Wiemer warnte vor einer stärkeren Verrechtlichung der internationalen Handelsbeziehungen. Das erschwere die Situation des Mittelstands.

Peter Hofelich MdL dankte für die Beiträge. Sein Fazit in fünf Punkten:

1. Weniger Bürokratie und Regulierung seien an sich gut, aber es gebe auch noch viele Regulierungslücken. Die Durchsetzung der Menschenrechte z. B. erfordere Gesetze und internationale Vereinbarungen. Zum Bedürfnis nach Schnittstellen sei es ein großer Fortschritt, dass es nun im Staatsministerium eine koordinierende Stelle gebe. Auch auf Seiten des Landtags gebe es auf horizontaler Eben einen zentralen Ausschuss für Europa und Internationales. Die Idee eines „Runden Tisches zu Mindeststandards“ greife er gerne auf.
2. Innenpolitisch sei die Schaffung des Ministeriums für Integration ein Fortschritt, da es die ethnische Vielfalt im Land ernst nehme. Ein wichtiger praktischer Schritt sei die verbesserte Zulassung von im Ausland erworbenen Ausbildungen. Eine Gefahr stelle der zu erwartende Fachkräftemangel dar. Es drohe ein erneuter „Brain-drain“ in den Entwicklungsländern.
3. Im Englischen gebe es den Begriff „Mittelstand“ als soziologische und mentalitätsbezogene Kategorie nicht. Man müsse daran arbeiten, dass der gewerbliche Mittelstand, den wir als guten Humus für wirtschaftliche Entwicklung sehen, in den Partnerländern gestärkt werde. Wichtige Themen seien die Energiewende und der Bildungsaufbruch. Insbesondere gehe es darum, das bewährte System der Dualen Ausbildung über die europäischen Grenzen zu bringen.
4. Es gelte, in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern rechtsstaatliche Strukturen, Verwaltungsstrukturen und das Polizeiwesen (unter Berücksichtigung interkultureller Sensibilität) zu stärken.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

5. Beschaffungswesen: Das Land solle hier vorbildlich sein und Standards setzen. In diesem Zusammenhang habe der Landtag heute beschlossen, den Kommunen zu gestatten, die Bestattungsordnung so zu fassen, dass Steine aus Kinderarbeit ausgeschlossen werden.

Das Land wolle seine internationale Zusammenarbeit über Burundi hinaus intensivieren. Baden-Württemberg müsse von Exportland zum Land mit internationalem Gestaltungsanspruch und internationaler Verantwortung werden!



Als Delegierte für die Delegiertenkonferenz in Karlsruhe wurde Frau Helene Pröll von der Stiftung „Manager ohne Grenzen“ gewählt.

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog **WELT:BÜRGER GEFragt!** finden Sie unter:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt

Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

weltbuerger@ev-akademie-boll.de